

Gemeinsame Pressemitteilung der GEW Thüringen, GEW Sachsen und GEW Sachsen-Anhalt vom 15.03.2018

Lehrkräftemangel verschärft sich in ganz Mitteldeutschland

Die Landesverbände der GEW in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sehen weiterhin mit großer Sorge auf die Entwicklung des Lehrkräftebestandes in den nächsten Jahren. Von einer auskömmlichen und normalen Situation an den Schulen kann in keinem der drei Bundesländer mehr die Rede sein. Statt wechselseitiger Abwerbungen von Lehrkräften sollten Anstrengungen, Erfahrungen und Ressourcen möglichst langfristig gebündelt werden.

Die drei Vorsitzenden der GEW-Landesverbände warfen heute gemeinsam einen Blick auf die Situation und mögliche Entwicklungen an den Schulen in Mitteldeutschland. Dabei zeigen sich für die einzelnen Länder verschiedene Ausmaße und Ausprägungen des Mangels, die Ursache dafür ist aber überall gleich. Über viele Jahre wurde die Lehrkräfteausbildung aufgrund rigider Personalkürzungspolitik sträflich vernachlässigt.

In **Sachsen** zeigt sich das laut der Vorsitzenden, Uschi Kruse, am Fehlen von ca. 2.000 Lehrkräften im Schuljahr 2017/18, die zusätzlich notwendig wären, um allein um den zu erwartenden Krankenstand abzudecken. Zudem erreichte der Freistaat erneut einen Rekordwert bei der Einstellung von Seiteneinsteiger*innen. Zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres hatten landesweit 62 % aller Neueingestellten keine Lehrerausbildung. Besonders besorgniserregend ist die Quote der Seiteneinsteiger*innen an Oberschulen (80 %). Im ländlichen Raum lag sie in einigen Regionen sogar bei 100 %. Am 9. März 2018 hat die Staatsregierung nun ein Handlungsprogramm zur "Nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen" beschlossen. Mit Verbeamtung, der Aufwertung der Grundschulen und verschiedenen anderen Maßnahmen soll ein Kurswechsel eingeleitet werden. Weil so spät reagiert wird, zu wenige Prioritäten gesetzt werden und große Ungerechtigkeiten an den Schulen in Kauf genommen werden, ist mit einer kurzfristigen Entspannung nicht zu rechnen.

Sachsen-Anhalt kämpft ebenfalls mit einem enormen Mangel an Lehrkräften, mindestens 1.000 fehlen jetzt schon für eine normale Unterrichtsversorgung. In der nächsten Zeit werden pro Jahr etwa 800 Kolleg*innen den Schuldienst verlassen. Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, sieht damit eine Verschlechterung der Lage vorprogrammiert: „Für diese absehbar hohen Abgangszahlen wurde kaum Vorsorge getroffen. Die Landespolitik steuert langsam um, aber die nächsten Lücken sind schon sichtbar. Für die 1.000 angekündigten Stellenausschreibungen im Schuldienst in diesem Jahr stehen knapp 500 Absolvent*innen im eigenen Land bereit. Die Not der Schulen droht sich damit absehbar weiter zu vergrößern.“

Auch **Thüringen** hat mit heftigem Unterrichtsausfall zu tun. 17.000 Unterrichtsstunden waren es beispielsweise im November 2017. In den nächsten fünf Jahren werden etwa 4.500 Lehrer*innen den Schuldienst verlassen. „Besonders prekär wird die Lage an den Thüringer Regelschulen, da die Zahl der Lehramtsstudierenden für dieses Lehramt deutlich unterhalb des Bedarfes liegen, während zu viele Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer ausgebildet werden. Dies kann nur bedeuten, den Beruf Regelschullehrer attraktiver zu machen, zum Beispiel durch eine bessere Bezahlung“, so Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende der GEW Thüringen. Trotz der deutlich gestiegenen Einstellungszahlen bleibt die Lage an den Schulen angespannt, dazu trägt auch die zunehmende Zahl von befristeten Stellen bei.

Als **Konsequenz** aus dieser Notlage regten die drei Vorsitzenden eine enge, verlässliche und dauerhafte Abstimmung der drei Bundesländer an. Entscheidend ist, dass es auch in Mitteldeutschland gelingt, eine **verlässliche und vorausschauende Personalpolitik** im Schulbereich zu verankern – was gleichbedeutend mit einem planerischen Denken über Legislaturen hinweg ist. **Voraussetzung dafür ist in allen drei Bundesländern, dass die zuverlässige personelle Ausstattung der Schulen staatlich und nicht betriebswirtschaftlich gedacht und unterfüttert wird.** Nicht die schwarze Null ist das Ziel, sondern die Bereitstellung der staatlichen Leistung Schule in der jeweilig benötigten Qualität und Quantität. **Die Bildungsministerien und nicht die Finanzministerien in allen drei mitteldeutschen Bundesländern sollen die Personalentscheidungen fällen.**

Über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Die Bildungsgewerkschaft GEW ist die größte und bedeutendste bildungspolitische Kraft in Deutschland mit ca. 280.000 Mitgliedern. Sie organisiert aktive und ehemalige Beschäftigte an den Bildungseinrichtungen. Schwerpunkte der politischen Arbeit sind die Bildungsgerechtigkeit, die Lern- und Arbeitsbedingungen an Kitas, Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie die Angestellten-, Beamten- und Tarifpolitik. Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen ist Kathrin Vitzthum, des Landesverbandes Sachsen Uschi Kruse und des Landesverbandes Sachsen-Anhalt Eva Gerth.

Ansprechpartner

für Thüringen:

Dr. Michael Kummer
Pressesprecher der GEW Thüringen
Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361 590 95 22
Mobil: 0151 1063 2902
E-Mail: michael.kummer@gew-thueringen.de

für Sachsen:

Jürgen Thamm
Pressesprecher der GEW Sachsen
Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Mobil: 0162 939 0296
E-Mail: juergen.thamm@gew-sachsen.de

für Sachsen-Anhalt:

Alexander Pistorius
Pressesprecher der GEW Sachsen-Anhalt
Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Tel: 0345 7355 445
E-Mail: alexander.pistorius@gew-lsa.de